

Gutes Geld für gute Arbeit: Argumente für angemessene Löhne

Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit anständig leben können. Das ist für uns Sozialdemokraten ein klarer Anspruch. Viele Jahre hat in der Bundesrepublik dieser Anspruch auch gegolten. In letzter Zeit müssen aber feststellen, dass sich die Arbeitswelt geändert hat: Es gibt immer mehr Menschen, die von ihrer Arbeit nicht anständig leben können.

In Deutschland werden Löhne und Arbeitsbedingungen von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt. Die Tarifautonomie ist ein bewährtes System. Sie hat bisher gut funktioniert. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Tarifbindung in Deutschland abnimmt: In Westdeutschland sind weniger als 59 Prozent, in Ostdeutschland nur knapp 42 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt.

Und: Auch in tarifgebundenen Branchen gibt es Armutslöhne. Zum Beispiel bekommen Friseurinnen und Friseure in Sachsen nur 3,06 Euro in der Stunde. Bei einer 39-Stunden-Woche kommen sie damit auf ein Einkommen von 492 Euro im Monat.

Insgesamt arbeiten in Deutschland rund 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte für Löhne, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens ausmachen.

Grundsätze für einen angemessenen Lohn

- 1) Zunächst müssen alle tariflichen Möglichkeiten genutzt werden, um Mindeststandards zu sichern. Die Tarifautonomie muss Vorrang haben.
- 2) Der Gesetzgeber ist dort gefordert, wo es keine Tarifstrukturen gibt. Der Staat muss in den Bereichen eingreifen, wo sich die Tarifparteien nicht auf existenzsichernde Löhne einigen können.

Bei der Diskussion über Mindestlöhne darf man nicht vergessen, dass diese nicht allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen. Mindeststandards bedeuten auch Schutz für kleine und mittlere Unternehmen vor Vernichtungswettbewerb und Konkurrenten, die mit Dumpinglöhnen arbeiten. Es gibt auch schon Bereiche, in denen der Mindestlohn positiv auf Beschäftigte und Arbeitgeber wirkt. So hat sich im Baubereich der Mindestlohn gut bewährt.

Auch der Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn zeigt: Mit dem Mindestlohn werden gute Erfahrungen gemacht. 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Negative Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung sind dort nicht festzustellen.

Und noch ein Punkt sollte bei der Diskussion über Mindestlöhne nicht vergessen werden: Besser statt billiger gehört zum Erfolgsrezept unserer sozialen Marktwirtschaft. Der Wettbewerb soll entschieden werden durch Leistung, Qualität, Produktivität, Innovation und Service. Und eben nicht durch den Wettlauf um den billigsten Lohn. Den wird niemand gewinnen.

Geeigneter Schutz vor Dumpinglöhnen

Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Bisher ermöglicht das Arbeitnehmer-Entsendegesetz nur im Baubereich, Mindestlöhne allgemein verbindlich festzulegen. Dazu müssen die Tarifparteien einen Mindestlohnvertrag aushandeln. Dieser wird durch den Arbeitsminister per Verordnung für allgemein verbindlich erklärt. Dann gelten die Mindestlöhne auch für ausländische Arbeitgeber und für deren Mitarbeiter. In der Bauwirtschaft wird das Entsendegesetz sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern für sinnvoll erachtet. Es ist ein gutes Instrument, um unfairen Wettbewerb über Dumpinglöhne zu verhindern und um für anständige, also existenzsichernde Löhne zu sorgen. Demnächst soll das Entsendegesetz auch auf das Gebäudereinigerhandwerk ausgeweitet werden.

Wir wollen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausdehnen. Damit können die Tarifparteien sicherstellen, dass Lohndumping in ihrer Branche nicht stattfindet. Außerdem wird so für einen fairen Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen gesorgt.

Gesetzlicher Mindestlohn

Durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz werden nicht alle Branchen erreicht. Voraussetzung ist immer ein bundesweit gültiger Tarifvertrag. Den gibt es in vielen Bereichen nicht, weil eine geeignete Tarifstruktur fehlt oder weil die Arbeitgeber keine einheitlichen Tarifverträge abschließen. Hier ist nach unserer Meinung der gesetzliche Mindestlohn nötig. Nur so können wir Armutslöhne verhindern.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat die SPD ein Konzept erarbeitet, um den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Nach dem Vorbild der britischen Low Pay Commission sollen die Tarifparteien eine unabhängige Kommission einsetzen. Diese soll regelmäßig über die Einkommen in den unteren Bereichen berichten und Mindestlöhne vorschlagen. Endgültig festgesetzt werden die Mindestlöhne dann von der Regierung.